

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Einzelpreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Zummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rote Straße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Wachsam und bereit sein! Die Forderungen der Gewerkschaften

Maß unseres Glucks steigt schnell. Eine neue Zeu-  
elle legt über das Land, die Preise der Lebensmittel  
a noch weiter himmelwärts, die Kartoffeln haben im  
biet das Fünffache des Friedenspreises erreicht.  
itenden Schichten einschließlich des geistigen Mittel-  
wissen einfach nicht mehr, wie sie des Leibes Nahrung  
thruft befriedigen sollen. Die organisierten Arbeiter  
einen ebenso heroischen wie aussichtslosen Kampf,  
Einkommen ins Gleichgewicht mit der Preissteigerung  
en. Noche der mühsam errungene Mehrverdienst  
hntüte in Erscheinung tritt, hat ihn die Teuerungsa-  
n wieder verschlungen.  
it das Maß unserer Drangsal voll werde, weisen die  
it drohender Gebärde auf ihren Reparationschein.  
15. Januar sind an die Entente 500 Millionen Gold-  
entrichten, am 15. Februar 275 Millionen, vier  
später wiederum 500 Millionen und so fort bis zum  
1. Oktober 3,1 Goldmilliarden. Wie die nächsten  
100 Millionen aufgebracht werden sollen, mögen die  
wissen. Die Aussicht auf ausländische Hilfe ist fast  
ie Hoffnung auf Gläubigung der Zahlung ganz unsonst.  
Die Reparationskommission hat bei ihrer jüngsten Anwesen-  
heit in Berlin die Regierung wissen lassen, daß sie bestimmt  
auf die nächste Zahlung rechnet. In dem Ernst dieser Erklärung  
zu deuteln, verbieten Äußerungen weststaatlicher Regierungs-  
männer. Brian ließ zunächst verkünden, daß er die deutschen  
Vermögenswerte wohl zu entdecken wisse, sein Kollege vom  
Finanzministerium, Doumer, stellt mit kaum verhüllter Nach-  
heit neue Gewaltmaßnahmen in Aussicht.

Aus der leeren Staatskasse oder den jetzt fließenden  
Steuerquellen sind die Zahlungen an die Westmächte nicht  
zu leisten. Nur durch außerordentliche Maßnahmen ist die  
außerordentliche Notlage zu beheben. Die Regierung, zaghaft  
und planlos wie sie dank ihres bürgerlichen Einschlags ist,  
hat nie die von dem Ernst der Stunde gebotene Entschlußkraft  
aufgebracht. Sie hat auf gut Glück und die Opferbereitschaft  
der Industrie gebaut. Wie die geldschwächeren Industriellen  
dem Reich helfen wollten, ist bekannt. Eine Kreditaktion für  
das in tausend Blüten stehende Vaterland ließen sie verkünden,  
einen Beutezug auf seinen Besitz wollen sie tun.

Wenn der Griff der kapitalistischen Hand nach den Staats-  
bahnen — vorderhand wenigstens — mißlungen ist, so ist  
das vornehmlich dem entschiedenen Auftreten der organisierten  
Arbeiter- und Beamtenenschaft zu verdanken. Ohne deren  
Hilfsleistung hätte die Regierung schwerlich den Mut auf-  
gebracht, der schwerindustriellen Unversorgtheit die Türe zu  
weisen. Die Raffgier ist wohl abgeklungen, aber noch nicht ein  
für allemal ausgebleut. Sie hat sich auf die Regierung zu  
verlassen, hiesse auf Sand bauen. Der Reichskanzler Wirth  
hat in seiner Rede, die er vor einigen Tagen im Steuer-  
ausschuß hielt, wohl die Bedingungen der Industrie abgelehnt,  
aber er hat zugleich Wendungen gebraucht, die schwere Zweifel  
an der amtlichen Festigkeit entfachen.

Nach alledem wird die organisierte Arbeiterklasse gut tun,  
wachsam und für alle Möglichkeiten bereit zu sein.  
Sie darf es bei der bloßen Abwehr der beuteluftigen Kapitalisten  
nicht bewenden lassen. Sie hat deren Vorstoß auf den Reichs-  
besitz zu einem Vorstoß auf den Kapitalbesitz zu nutzen. Sie  
hat von der Regierung so deutlich wie nur möglich zu fordern,  
daß sie endlich einmal die großen Vermögenswerte für den  
Reichsbedarf flüssig macht.

Wie das im einzelnen geschehen kann, geschehen muß,  
haben die Vorstände des Gewerkschaftsbundes und der  
Asa, also die Leitungen der organisierten Arbeiter und  
Angestellten in ihrer jüngsten Kundgebung gezeigt. Unbeschadet  
ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe  
des Reichs nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem  
ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten sie eine  
grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für dringend  
notwendig. Es heißt dann weiter in dem Schriftstück:

Unter unabdingter Ablehnung aller Versuche einer Überführung  
der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vor-  
geschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unter-  
nehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Besorntung zu be-  
freien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.  
Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitali-  
stische Akteure müssen im Eisenbahn-Finanzgesetz Sicher-  
ungen vorgesehen werden.  
Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände von  
der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wieder-  
herstellung des Reichs und zum Ausgleich des inneren Haushalts  
des Reichs die beschleunigte Beschließung über folgende gesetz-  
geberische Maßnahmen:  
1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. Die  
Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf  
das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unter-  
nehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren  
Ertragsgröße der Bekämpfung des Geldwertes angepaßt sind, in  
gleicher Höhe zu belasten.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Er-  
höhung der Kreditfähigkeit des Reichs.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmen mit  
dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch  
Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Schließung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen  
Erfassung der Wärlagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, ins-  
besondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen  
müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung  
sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis  
zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuer-  
pflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungs-  
entscheidung des Finanzamts den Rest mit 5 Prozent Zinsen  
abzuführen....
9. Schärfste Besteuerung der durch Devisen- und Effekten-  
geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
und des Asa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und An-  
gestellten sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerks-  
schaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm ein-  
zutreten und für seine Durchführung ihre ganze organi-  
satorische Kraft zu entfalten.

Wird dieses Programm ebenso entschlossen wie klug durch-  
geführt, so kann, um das mindeste zu sagen, die nächste Rate  
an die Sieger aufgebracht werden. Es gibt Tatsachen genug,  
die die Meinung ausländischer Fachleute stützen, Deutschland  
könne aus Eigenem die nächsten Reparationszahlungen leisten,  
sofern nur seiner besitzenden Klasse gehöriger Opferzwang  
auferlegt werde. Es ist nicht einzusehen, warum die Besitzenden  
nicht ebenso wie die Lohnarbeiter, die ein Zehntel ihres  
Einkommens seit Jahr und Tag Steuern und obendrein noch  
von Wucherer und Preistreiber schamlos geplündert werden,  
für das Vaterland geziemend opfern sollen. Durch beschleunigte  
und tatkräftige Entreibung des Reichsnotopfers läßt sich der  
Fehlbetrag der Reichskasse, der über 100 Milliarden Mark  
beträgt, bis zu einem gewissen Grade decken, was Verlang-  
samung der Notenpresse, Eindämmung der Papiergeldflut,  
Wertsteigerung der Mark und schließlich niedrigere Preise  
bedeutet, was, als weitere segensreiche Folge, die Beruhigung  
unseres durch stetige, schroffe Preisschwankungen und Lohn-  
bewegungen gestörten Wirtschaftslebens nachhaltig fördert.

Angesichts dieser Tatsachen rufen die beiden Gewerks-  
chaftsleitungen die organisierten Arbeiter auf, ihre ganze  
Kraft für die Durchsetzung der zehn Forderungen einzusetzen.  
Wir sind überzeugt, der Mahnruf wird, und nicht nur soweit  
unser Kollege in Frage kommen, bestimmt befolgt werden.  
Denn laudbar, laudbar, in Versammlungen und Versitäten,  
mündlich und brieflich, haben wir seit Monaten immer und  
immer wieder vernommen, daß von zentraler Gewerkschafts-  
seite eine Aktion gegen die Steuerhau der Besitzenden, gegen  
die Annahmung der Industriellen, gegen die unerträgliche Preis-  
treiberei unternommen werden müßte, um der vielgestaltigen,  
sich stetig verschlimmernden politischen und wirtschaftlichen  
Drangsal Einhalt zu tun; Mut und Verzweiflung packe den  
Lohnarbeiter, wenn ihm rücksichtslos der Steuerzahn abgezogen,  
wenn Wucher- und Schiebterum ungestraft blühten, während  
er vor lauter Preistreiberei nicht mehr wisse, wie er seine  
Blöße bedecken, den Hunger stillen solle.

Solche Zustände lassen erwarten, daß sich die Arbeiter-  
schaft einhellig hinter die Forderungen der beiden Gewerks-  
schaftsleitungen stellt. Sie wird auch diesmal ihre Pflicht  
tun, zumal sie weiß, daß, wenn sie jetzt säumig sein sollte,  
ihr noch weit größere Opfer und Kämpfe bevorstünden, ohne  
dann noch irgendwelche Aussicht auf eine Möglichkeit des  
Entrinnens aus der Dual zu haben. Andererseits aber glauben  
wir von den beiden Gewerkschaftsleitungen erwarten  
zu dürfen, daß sie die Kraft, die ihr die Gewerkschaftsmasse  
in ihrer Kampfbereitschaft bringt, auch für die vollständige  
Durchsetzung der Forderungen benützt. Das Schicksal, das  
die beim Kapp-Putsch aufgestellten zehn Punkte erlitten,  
muß den jetzigen Forderungen unter allen Umständen  
erspart bleiben. Es darf nicht noch einmal geschehen, daß  
dann, wenn die brennendste Gefahr beschworen, in der Durch-  
setzung der Forderungen nachgelassen oder sie gar ganz ver-  
gessen wird. Solange sie nicht erfüllt sind, darf es keine Rast  
geben. Wäre damals beim Kapp-Putsch aller Nachdruck und  
ungeschwächte Beharrlichkeit hinter die zehn Punkte gesetzt  
worden, es wäre der Republik viel materieller Schaden und  
Schmach, der Arbeiterchaft viel Kampf und Glend erspart  
worden. Und um der Republik wie der Arbeiterchaft furcht-  
hin Schaden, Schmach, Kampf und Glend zu ersparen, dürfen  
Nachdruck und Beharrlichkeit nicht nachlassen, bis die neuen  
zehn Punkte, das Mindestprogramm der Gewerkschaften er-  
füllt ist.

### Vom Eisenwirtschaftsbund

II. Höchstpreise für Schrott und Gußbruch unerlässlich!  
Die deutsche Regierung muß zur Zahlung ihrer Reparations-  
verpflichtungen ausländische Zahlungsmittel — Devisen — kaufen.  
Die Folge ist, daß die Inhaber solcher Devisen die Preise in die Höhe  
treiben, da sich die Regierung in einer Zwangslage befindet. Diese  
Devisenspekulation ist eine schamlose Ausplünderung des deutschen  
Volkes. Um dieser Divisenspekulation ein klein wenig Abbruch zu tun,  
hat der Außenhandelsausschuß des Eisenwirtschaftsbundes beschlossen,  
daß nach Ländern mit überwertiger Valuta nur noch in fremder  
Währung zu fakturieren ist. Ausnahmen bedürfen besonderer Ge-  
nehmigung. Die im Ausland erworbenen Devisen sind, soweit sie nicht  
zur Bezahlung von ausländischen Rohstoffen u. dergl. gebraucht  
werden, der Reichsbank zu überweisen, mindestens müssen das 40 Pro-  
zent aller Devisen sein. Auch in diesem Falle bedürfte es einer  
energischen Vertretung der allgemeinen Volkswirtschaft durch die Ar-  
beiterschaft, um die 40 Prozent zu erreichen. Die Unternehmer wollten,  
wie sie durch den Geheimrat Klöckner verkündet ließen, im Höchstfalle  
auf 30 Prozent gehen.

Die größten Schiebungen und Preistreiberien finden wohl auf  
dem Schrottmarkt statt. Der Preis für Stahlschrott betrug vor dem  
Kriege 50 M pro Tonne. Ende des vorigen Jahres stand der Schrott-  
preis auf 850 bis 900 M, im Juni war Schrott für 500 M zu haben,  
im Oktober war der Preis wieder gestiegen auf 1700 M und im  
Augenblick steht der Preis auf circa 2500 M. Dabei ist zu beachten,  
daß Schrott und Gußbruch ein Abfallprodukt des Inlandes ist, die  
Markenwertung auf die Preisbildung einen direkten Einfluß nicht  
ausüben kann. Für die Gestaltung der Schrott- und Gußbruchpreise  
ist deshalb nur die inländische Spekulation verantwortlich. Die  
Spekulanten, welche gewaltige Auftragsbestände haben, leiden außer-  
ordentlich unter den Gußbruchpreisen. Sie fühlen sich den Schrott-  
händlern einfach ausgeliefert und haben deshalb auch nicht den Mut,  
nachdrücklich gegen diese Händler vorzugehen, sondern glauben immer  
noch, daß es möglich ist, zu einer vernünftigen Verständigung mit  
diesen Leuten zu kommen. Deshalb lehnten sie auch die Einführung  
von Höchstpreisen ab. Sie wollen es noch einige Wochen mit den Grob-  
händlern versuchen.

Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter haben auf Grund ihrer  
Erfahrung mit allen Vertretern der Privatinteressen die Forderung  
nach Höchstpreisen aufgestellt. Auch in diesem Falle liegt die Ent-  
scheidung beim Reichswirtschaftsministerium. Wir müssen  
von diesem auch hier ausdrücklich fordern, Höchstpreise für  
Schrott und Gußbruch einzuführen. Sämtliche Arbeiter-  
und Angestelltenvertreter, das ist die Hälfte der vorhandenen Stimmen,  
stehen in diesem Falle auf der Seite des Reichswirtschaftsministeriums.  
Auch die Eisenunternehmer würden für Höchstpreise sein, wenn sie  
nicht befürchteten, daß mit der Einführung derselben einfach der Guß-  
bruch vom Markte verschwände.

Eine Verordnung über das Recht der Beschlagnahme und der  
Enteignung von Stahlschrott und Gußbruch wurde beraten. Wir er-  
warten, daß diese Verordnung recht bald veröffentlicht wird, so daß  
mit der Einführung von Höchstpreisen bei spekulativer Zurückhaltung  
die Enteignung folgen kann. Dann wären auch die Befürchtungen der  
Eisenherren gegenstandslos geworden. Ein schärferes Zupacken des  
Reichswirtschaftsministeriums ist durchaus am Platze.

Die Roheisenfabrikation ist in der Hauptsache auf ausländische  
Erze angewiesen und in dem Maße, wie die deutsche Mark fällt, müssen  
selbstverständlich die Erze teurer werden und damit die Selbstkosten  
steigen. Es wäre außerordentlich lehrreich, einmal zu untersuchen, in  
welcher Weise die inländische Spekulation, der Devisenaufkauf auch  
durch die Großindustrie, die Zerrüttung der deutschen Marktwährung  
beschleunigte. Im Augenblick haben wir mit einer erheblichen Ver-  
teuerung der Selbstkosten zu rechnen, der sich auch die Arbeiter und  
Angestellten nicht verschließen können. Es kam darauf an, die Preis-  
erhöhung für Roheisen auf das unbedingt notwendige Maß zu be-  
schränken und weitergehende Ansprüche der Unternehmer abzulehnen.  
Die vorgenommenen Prüfungen der Selbstkosten auf den Werken er-  
gaben erheblichere Preissteigerungen, wie sie in den endgültigen Be-  
schlüssen festgelegt sind. Die Preise für Roheisen sind jetzt folgende:

	Höchstpreis pro Tonne ab 1. 4. 21	ab 1. 11. 21
Sämasit . . . . .	1810 M	2700 M
Gießerei-Roheisen I. . . . .	1560	2200
II. . . . .	1484	2124
III. . . . .	1485	1903
Siegerländer Stahleisen . . . . .	1681	2021
Spiegelisen . . . . .	1250	1675
Luxemburger Gießerei-Roheisen . . . . .	4950	7550
Ferromangan 80% . . . . .	8980	6750
50% . . . . .	2100	2950
Ferro-Silizium 10% . . . . .	1515	2885
Kupferarmes Stahleisen . . . . .		

Diese Preise gelten allerdings nur für November. Die Industrie  
wollte sich nicht länger binden, ebensowenig konnten die Arbeiter und  
Angestellten eine längere Bindung eingehen. Leider hat die Entwertung  
der deutschen Mark weiter rasende Fortschritte gemacht und die Unter-  
nehmer rechnen selbstverständlich mit einer abermaligen Er-  
höhung der Preise, da die Selbstkosten infolge der Markent-  
wertung steigen müssen. Das ist die Schraube ohne Ende, da die Ent-  
wertung der Mark die Arbeiter wiederum zu neuen Lohnforderungen  
zwingt. Wenn auch beim Roheisen noch die Bindung durch Höchstpreise  
besteht, so ist es unter allen Umständen notwendig, auch die Schrott-  
und Gußbruchpreise sowie die Preise der Walzwerkfabrikate durch  
Höchstpreise zu binden, weil durch die ungemessene Preisgestaltung  
die Lebenshaltung des deutschen Volkes noch mehr verschlechtert wird,  
als es bereits der Fall ist.  
S. S.



# Finanzpolitische Wandlungen seit der Revolution

Die Weltwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Seit dem Zusammenbruch sind in Deutschland, Österreich und Ungarn drei Phasen der Finanzpolitik zu unterscheiden.

1. Phase der Sozialisierungspläne. Die Sozialisierung wurde nicht nur als politische und volkswirtschaftliche, sondern auch als finanzpolitische Maßnahme angestrebt, um das Gleichgewicht des zerrütteten Staatshaushalts herzustellen. Sie erwies sich als unzeitgemäß aus folgenden Gründen:

Wirtschaftlich fehlte die wichtigste Voraussetzung, das heißt ein so hoher Grad der Entwicklung der Produktionskräfte, welcher den Übergang in die neue kollektivistische Gesellschaft, die auf der größtmöglichen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivität beruhen soll, möglich macht. Der Krieg, die Landwirtschaft, die Blockade führten den Zusammenbruch der industriellen Produktion und teilweise den der Landwirtschaft herbei.

Politisch. Die Sozialisierung hätte vor allem die Expropriation des Finanzkapitals und der Schwerindustrie bedeutet, die sich sofort nach dem Waffenstillstand unter das Protektorat des Ententekapitals gestellt haben. Nicht nur die Sozialisierung, auch einschneidende finanzielle Maßnahmen der Regierung wurden dadurch lahmgelegt.

Massenpsychologisch. Die Sozialisierung wäre nur durchführbar gewesen, wenn sich eine neue, auf Disziplin und Opferfreudigkeit beruhende Mentalität bei den Massen herausgebildet hätte. Doch ihre Stimmung war ein Ausfluß des Zusammenbruchs, die zurückströmenden Frontsoldaten waren des Arbeitens entzweit, jede Arbeitslust hörte auf. Ein großer Teil der Massen gab sich einer Art religiöser Öffnung hin, daß die Verwirklichung des Kommunismus ohne weiteres das Heil bringen wird.

2. Phase der Inflation. Es setzte überall der Rückschlag ein. In Ungarn entwickelte sich die Niederlage der Arbeiterschaft zu einer Katastrophe, so daß dieser Staat für unsere Ausführungen ausscheidet.

In Deutschland wurde die Arbeiterschaft durch Parteispaltungen geschwächt. Die Reaktion machte große Fortschritte. Die Sozialisierungspläne mußten fallen gelassen werden.

In Österreich kam die Arbeiterschaft noch am besten davon; doch auch hier wurde sie in die Defensive gedrängt, ihre Sozialisierungspläne konnten nicht zur Durchführung gelangen.

Die Reaktion war stark genug, um den bitteren Reiz vom Kapital abzumenden, doch reichten ihre Kräfte nicht mehr aus, die Lasten der Reparationen und des Defizits völlig auf die unbemittelten Volksklassen zu überwälzen. In dieser unentschiedenen Machtlage war kein anderer Ausweg möglich, als die Banknotendrucke zu lassen; die Lösung der staatsfinanziellen Probleme wurde verschoben.

3. Phase der freiwilligen Angebote des Bankkapitals. Die Arbeiterschaft erholte sich langsam, der Kommunismus verlor allmählich seine Anziehungskraft, die Herstellung der proletarischen Einheit machte Fortschritte. Deutschland mußte ungeheure Reparationsverpflichtungen auf sich nehmen. Die Herstellung der notwendigen Mittel drängt auf Lösung der staatsfinanziellen Probleme. Die Inflation hat solche Dimensionen erreicht, daß bei weiterer schrankenloser Vermehrung der Banknotenmenge eine Katastrophe droht.

Der französische Kapitalismus hätte gern gesehen, daß die Reparationsleistungen nur durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden. Doch ist die Verwirklichung dieses Zielos ohne den vollständigen Sieg der Reaktion, ohne die Herstellung der Monarchie nicht möglich, vor welcher Konsequenz letzten Endes Frankreich doch zurückweicht. Um die Reparationen überhaupt zu bekommen, muß es zusehen, daß dabei auch der deutsche Kapitalismus Haare läßt.

In dieser Lage kam das Angebot der deutschen Schwerindustrie und des Finanzkapitals wegen Finanzierung der kommenden Reparationsleistungen. Man muß fürchten, daß das Finanzkapital bei den von der Reichsregierung geplanten Verbrauchssteuern bedeutende Zugeständnisse erringen will. Doch macht es den ersten Schritt, die Republik, die es bisher jacobinerte, durch die Besserung der Valuta zu kräftigen.

Ähnliche Tendenzen verfolgt das Finanzkapital in Österreich. Sein Vertreter, Dr. Wilhelm Rosenberger, ist in das Finanzministerium eingetreten — ein Jude in eine christlich-antijudische Regierung. Das Bankkapital will an der Verwirklichung des Finanzplanes der Regierung teilnehmen, der sehr gemäßigt ist, doch dem jetzigen Zustande gegenüber, wo das große Vermögen überhaupt keine Steuern zahlt, einen Schritt nach vorwärts bedeutet.

4. Ist die allmähliche Rückkehr zu den Sozialisierungsplänen zu erwarten? Die Voraussetzungen eines solchen Umstülpens sind teils außerpolitisch, teils beziehen sie sich auf die innere Machtentwicklung. Für die Veränderung der Lage in Mitteleuropa wäre es notwendig, daß die nächsten englischen Wahlen der Arbeiterpartei oder einer Koalition, an der sie teilnimmt, die Majorität bringen. Die Aussichten dafür sind günstig. Auch in Frankreich muß die jetzige reaktionäre Richtung einer republikanisch-radikalen weichen, wofür die Anzeichen auch nicht fehlen. Demnach alle Nachwahlen enden mit dem Siege der Link-

parteien. Hierdurch wäre die Grundlage zur gründlichen Revision des Friedensvertrages — ohne welche an ein geregelttes Wirtschaftsleben nicht gedacht werden kann — geschaffen. Innerpolitisch kann die Herstellung der proletarischen Einheitsfront der Arbeiterschaft die nötige Elbogensfreiheit verschaffen, um finanzpolitische Reformen — und in diesem Sinne wird hier auch die Sozialisierung verstanden — durchzuführen.

Diese Entwicklung ist auch in Österreich zu erwarten, besonders wenn das Schicksal der Entente-Reaktion, das Gorthy-Regime, das Österreich fortwährend bedroht, in Ungarn zusammenbricht.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind für den Augenblick noch ungünstig. Die Voraussetzung für die Sozialisierung wäre die allmähliche Erholung des Produktionsapparates von den Folgen des Krieges und des Zusammenbruchs. Das Verkehrswesen, der technische Prozeß der Produktion haben zwar erhebliche Fortschritte gemacht, die Reparationslasten, das Staatsdefizit, die Valutakatastrophe erschweren aber die wirtschaftliche Wiederherstellung.

Die Enttäuschungen und die harten Lehren der revolutionären Periode haben der Arbeiterschaft nahegelegt, daß ohne Disziplin und Opferfreudigkeit keine aufbauende proletarische Tätigkeit möglich ist. Die Ereignisse haben auch gelehrt, in welchem Maße die Sozialisierung durchgeführt werden kann. Insofern würde eine neue Phase der Arbeiterschaft für die Möglichkeiten der Sozialisierung reifer und besser vorbereitet vorfinden.

Als Schlusswort sagen wir: Die Sozialisierung wird wieder auf die Tagesordnung kommen. Wer einen wohlstandierten Sozialisierungsplan in seinem Schreibtisch hat, vernichte ihn nicht.

## Helft dem russischen Volk!

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) folgenden Aufruf:

Die Verringerung der Hungersnot in Rußland ist eine entscheidende Frage für das gesamte internationale Proletariat. Der Hunger gefährdet die Errungenschaften der russischen Revolution. Er kann zu einem gefährlicheren Bundesgenossen der Gegenrevolution werden, als die zaristischen Generale Koltschal, Denikin, Judenitsch und Wrangel jemals gewesen sind.

Blockade, Bürgerkrieg und Hunger waren und sind die furchtbaren Feinde des russischen Volkes. Blockade und Bürgerkrieg wurden von dem internationalen Kapital als Waffen benutzt, die russische Revolution tödlich zu treffen und Rußland zum Freiwild der europäischen und amerikanischen Kapitalisten zu machen. Es darf nicht geschehen, daß auch die Hungersnot zu solchen Zwecken mißbraucht wird.

Die Hilfe für das hungende Rußland ist eine Forderung der Menschlichkeit und der wirtschaftlichen Klugheit. Rußland, sagt Lord Cecil mit Recht, ist die alte Kornkammer Europas und der Welt. Wenn wir dieses gewaltige Land nicht wiederherstellen, so wird diese Kornkammer auf unabsehbare Zeit geschlossen werden.

Einmal hat die Welt in den letzten Jahren eine Katastrophe erlebt, die über neun Millionen Menschen das Leben kostete. Soll die Hungersnot in Rußland das große Sterben des Weltkrieges noch überbieten? Sollen Millionen von Kindern das Opfer politischer Vorurteile und kommerzieller Nebenbedenken werden?

In diesem jahrelangen Nord kann und will das Proletariat nicht mitschuldig werden. Die Geldisten und Welfen der gestifteten Welt, alle menschlich Denkenden erheben Einspruch gegen eine Besinnung, die Schächer treibt, wo Menschenleben auf dem Spiel stehen.

Für das Vermögensverfall des Krieges waren fünfzig Milliarden Pfund den beteiligten Regierungen nicht zu viel. Für die Verringerung der Not in Rußland erscheinen ihnen 15 bis 20 Millionen Pfund als eine zu hohe Belastung.

Es genügt nicht, daß die Regierungen an die privaten Organisationen und das rote Kreuz appellieren, ihre Sammlungen können die umfassende, langfristige Hilfe der Staaten nicht ersetzen.

Was bisher geschehen ist, ist noch lange nicht genug. Wenn es nicht gelingen sollte, der russischen Hungersnot Herr zu werden, liegt es nicht daran, daß die bereiten Vermählungen der Völker dem Elend nicht jenseit können. Es sind Vorräte genug vorhanden.

Aber das internationale Kapital und die ihm verbündeten Regierungen sind nicht großmütig, menschlich und weiblich genug, die Überflüsse ihrer Ernten den Hungernden zugute kommen zu lassen und Saatgetreide und landwirtschaftliche Maschinen für das kommende Jahr zu liefern.

Der mutige Freund des russischen Volkes, Kaufman, hat in der Sommerkonferenz im September darauf hingewiesen, daß in Argentinien ein solcher Überfluß an Getreide ist, daß man die Locomotiven damit heizt. Er wies darauf hin, daß in den Speichern der Vereinigten Staaten Getreide verkauft, weil keine Käufer sich finden; ja allein die Ernteüberschüsse Kanadas würden die benötigte Menge liefern können, die zur Rettung des russischen Volkes erforderlich ist.

Im Herzogtum der Arbeit ist jedoch die Wille, die gemeinsamen Interessen der Völker allen anderen voranzustellen. Im Reich der Arbeit sind nationale Grenzen kein Hindernis kameradschaftlicher Hilfsbereitschaft. Die Arbeiter haben in Krieg und Frieden erlebt, was Hunger bedeutet. Es wird ihnen nicht schwer, von ihrem Reizigen für ihre darbenenden Kameraden zu opfern. Kameraden! Kinder verhungern: Das erschütternde Elend, das in diesen zwei Worten beschlossen liegt, wird nirgends so trübselige Teilnahme erwecken wie bei Euch. Es kann ihnen nicht von heute auf morgen geholfen werden; immer wieder bedarf das Hilfswerk Eurer Opferfreudigkeit, Eurer Gaben, um zum vollen Erfolg zu führen. Den Kindern und Kranken vor allem will der Internationale Gewerkschaftsbund helfen.

Kameraden! Ihr seid die Vorkämpfer der Menschlichkeit, Millionen von Kindern sind in Rußland von Hunger und Krankheit bedroht! Helft dem russischen Volk!

Als einer der wichtigsten und ausfallschönsten Fortschritte, die auf diesem Gebiete erzielt worden sind, darf der Dieselmotor bezeichnet werden, der heute das Interesse des Lesers wie des Industriellen mehr als je beherrscht.

Was ist es, das dieser Maschine eine solche überragende Bedeutung gibt? Das wird uns am besten und deutlichsten klar, wenn wir die neueste Erfindung auf dem Gebiete des Bomes von Kraftmaschinen, eben den Dieselmotor, mit der ältesten Dampfkraftmaschine, der Dampfmaschine, vergleichen, wodurch auch die technische Eigenart der neuen Dampfmaschine am besten verdeutlicht wird.

Die Dampfmaschine ist gewissermaßen noch die bei weitem wichtigste und weitgehendste aller Kraftmaschinen und wird diese Bedeutung für die nächste Zeit zweifellos behalten. In den andernfalls Jahrzehnten, während denen sie sich unermüdet bereits ihre unermüdeten Dienste geleistet hat, ist sie die Grundlage der modernen Technik und Industrie und damit eine der wichtigsten Grundlagen der Zivilisation der heutigen Kultur geworden. Unerschütterlichkeit, Ausdauer, Unerschütterlichkeit, geringe Reparaturbedürftigkeit, leichte und kostengünstige Anpassung an alle Bedingungen und Verhältnisse des industriellen Arbeitens, hohe Übertragungsfähigkeit, die es gestattet, die normale Leistungsfähigkeit im Verhältnis gegenwärtig zu übersteigern, endlich noch sehr lange Lebensdauer und Lebensdauer, die immer mehrere Jahrzehnte umfaßt, das sind die hervorstechendsten und auszeichneten Eigenschaften dieser Maschine, Eigenschaften, die der Leichter ebenso wie der praktische Praktiker zu schätzen weiß und die dieser Maschine eine solche allgemeine Bedeutung und Verbreitung innerhalb der gesamten modernen Kulturwelt verschafft haben, wie sie niemals eine andere Maschine auch nur in annähernd dem Maße angenommen hat. Aber wenn dieser vielen guten und vorzüglichen Eigenschaften hat unsere liebe alte Dampfmaschine, abgesehen von einigen Nachteilen von geringerer Bedeutung, doch auch einen sehr wichtigen Fehler, der geeignet ist, daß die Freude an ihr und ihrer Arbeit zu einem gut Teil zu vermindern, und dieser Fehler

# Eine Erhebung des Arbeitgeberverbandes

## „Die unproduktiven Lasten der Volkswirtschaft“

Ein günstiger Wind brachte uns folgendes Schreiben:

Arbeitgeberverband Magdeburg, Magdeburg, den 4. November 1921.

An die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Magdeburg.

Folgendes Schreiben erhielten wir von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin. Wir bitten, hiervon Kenntnis zu nehmen und sich umgehend dazu zu äußern:

In der Sitzung des Tarifausschusses der Vereinigung am 19. Oktober wurde in Verbindung mit der Stellungnahme zur neuen Lohnbewegung eingehend erörtert, daß die Ablehnung weiterer unproduktiver Lohnlasten durch Mantel- oder Lohnzins allmählich für die deutsche Volkswirtschaft eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung würde, um so mehr, als die Gewerkschaften neuerdings eine Lohnpolitik verfolgen, die auf eine rücksichtslose Ausnutzung vorhandener oder behaupteter Konjunkturen in den einzelnen Industriezweigen und Betrieben hinauskommt. Es wurde betont, daß ein Entgegenkommen der Arbeitgeber in der Frage der Erhöhung der produktiven Löhne gleichzeitig einen geschlossenen Widerstand gegen die Übernahme weiterer unproduktiver Lasten voraussetzt.

Die Geschäftsführung der Vereinigung hat sich nun in den letzten Wochen mehrfach bemüht, Unterlagen dafür zu gewinnen, wie hoch die gesamten unproduktiven Lohnlasten der deutschen Volkswirtschaft zurzeit sind und in welchem Verhältnis sie zu dem gesamten Arbeiterlohnkonto der Volkswirtschaft stehen. Unter unproduktiven Lasten haben wir dabei zunächst nur solche verstanden, denen eine Arbeitsleistung nicht gemüßigt ist. Löhne für Arbeiter, die an dem Fabrikationsprozeß des Endproduktes nicht mittelbar beteiligt sind, werden in diesem Sinne als nicht unproduktiv betrachtet.

Ferner haben wir nicht in Berechnung gezogen diejenigen Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft durch soziale Gesetzgebung seit Jahr und Tag zu tragen hat und die bekanntlich jetzt noch auf Kosten der Wirtschaftspolitik vermehrt werden sollen.

Schließlich sollen als unproduktive Lasten im engeren Sinne hier nicht diejenigen Aufwendungen erfaßt sein, die mit der Einführung des Achtstundentages gegenüber den Betriebs- und Wirtschaftsprüfungsjahren der Vorkriegszeit verbunden gewesen sind und die man heute für sich allein auf etwa 15 Milliarden Mark schätzen muß.

Es bleiben als unproduktive Lasten im Sinne dieser Ausführungen also in der Hauptsache diejenigen Lohnaufwendungen, die der Arbeitgeber nach den Bestimmungen der Tarifverträge machen muß, ohne dafür Gegenleistungen zu bekommen. Hierzu gehören die Bezahlung der Urlaubstage, die Bezahlung von Behinderungsfällen im Sinne des § 616, die Bezahlung von Waischpensen, Arbeitsausfall und Bezahlung von Arbeitsstunden für Betriebsstörungen, Arbeitsausfall durch Lohnzahlung während der Arbeitszeit, durch Bezahlung des Fortbildungsunterrichtes in der Arbeitszeit und ähnliches mehr.

Nach vorläufigen Schätzungen, die wohl von der Wahrheit nicht allzulehr abweichen, betragen die Aufwendungen für Urlaubstage heute schon etwa 5 Milliarden Mark. Die Bezahlung der Waischpensen und für Arbeitsausfall durch Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit können vielleicht auf 1,5 Milliarden Mark geschätzt werden. Anhaltspunkte für die Bezahlung von Kranen und sonstigen Behinderungsfällen im Sinne des § 616 liegen noch nicht vor, bei einer flüchtigen Schätzung unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Erkrankung von jährlich 6 Tagen, von 2 Prozent der Arbeiterschaft (gering gerechnet), kommen wir aber zu einem Aufwand von 1/2 Milliarden Mark.

Im Beton- und Ziebaugewerbe ist durch Erhebungen festgestellt, daß die für Behinderungsfälle nach § 616 im Laufe eines Jahres aufgewendeten Beträge über den zehnten Teil der gesamten in dieser Zeit aufgewandten Lohnsumme ausmachen. Der Gesamteinblick dieser Betrachtungen ergibt, daß man heute schon mindestens 10 Milliarden noch unproduktiver Tariflohlasten rechnen muß, die die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege nicht einmal dem Grunde nach, geschweige denn in solcher Höhe kannte.

Und mit der zahlenmäßigen Auswirkung solcher tariflichen Bestimmungen eingehend zu befassen, haben wir, abgesehen von den oben erwähnten Grundfragen als Folge unserer Tarifpolitik, auch durch folgende Notiz der Zeitschrift des Bauarbeiterverbandes, „Der Grundstein“ (Nr. 40 von 1921) Anlaß: Tausende von Mark den Unternehmen geschenkt durch ungenügende Beachtung der tariflichen Bestimmungen (über § 616). — Der Tarifausschuß hat auf diese Ausführungen der Geschäftsführung hin die Möglichkeit und die Notwendigkeit bejaht, in den einzelnen Verbänden eingehende Erhebungen über die Auswirkung solcher Tarifbestimmungen anzustellen und das Ergebnis mit möglicher Befreiung an die unterzeichnete Geschäftsführung gelangen zu lassen.

Indem wir diesen Beschluß des Tarifausschusses unseren Mitgliedern weitergeben, bitten wir, sich die Mühe zur Durchführung dieser Erhebung nicht verdrängen zu lassen und dabei zu bedenken, daß für die zum Schluß des Jahres bevorstehenden Manteltarifverhandlungen eingehendes Zahlenmaterial für die Arbeitgeberverbände von der allergrößten Bedeutung sein muß.

Arbeitgeberverband Magdeburg. Der Geschäftsführer: Dr. Pohl. Soweit das Schreiben. Die Sorge des Arbeitgeberverbandes um die deutsche Volkswirtschaft ist einfach rührend. Er hält sich offenbar für diese. Antonsen er bei der Aufzählung ihrer „unproduktiven Lasten“ nicht hätte vergessen können anzuführen die unerschämten Wuchergewinne, die Bezahlung der Urlaubstage, die kleinen und großen Freizeiten, die Waisch- und Waidzeit der Unternehmerr. Daß alles dies eine unproduktive Last der Volkswirtschaft darstellt, ist nicht zu bestreiten. Auch hierauf wird der Arbeitgeberverband, unparteiisch wie er bekanntlich ist, keine Erhebung ausdehnen. Wenn nicht, müßten es die Arbeiter selbst besorgen.

# Der Dieselmotor

Von H. Wolff, Friedemann (Stuttgart, West)

I.

## Verschwendungsjuden der Dampfmaschine.

Der Dampf und die Wärme erfolgt Verleerung aller Brennstoffe, die als eine der schönsten und geschicktesten wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges in nahezu allen Ländern mit entsetzlicher Verbildung heute zu verzeichnen ist, hat doch zugleich auch der Leckhaff aller Länder eine wichtige Anregung gegeben, durch Verbesseerung und Vervollkommnung unserer Dampfkraftmaschinen eine gütigere Ausnutzung der vorhandenen Brennstoffe zu erreichen und auf diese Weise der Brennstoffkosten zu begegnen. Denn es gelingt, von der Wärme, die die Kohle bei ihrer Verbrennung erzeugt und die zum Betrieb unserer Dampfmaschinen oder sonstigen Brennstoffmaschinen dient, einen größeren Teil als bisher für Arbeitszwecke nutzbar zu machen, das heißt also, den Kohlepreis oder den wirtschaftlichen Brennstoffwert unserer Brennstoffmaschinen zu erhöhen, so ist das gleichbedeutend mit einer entsprechenden Verminderung der aus der Verbrennung resultierenden Brennstoffkosten. Auch dieser Punkt ist seitlich schon lange Jahre vor dem Kriege beachtet, sind schon damals hochbedeutende Erweise gelehrt worden; jedoch die durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse, die allem Anschein nach noch für gewisse Zeit bestehen bleiben werden, haben das, was auf diesem Gebiete erreicht werden ist, viel mehr als damals in den Vordergrund des Interesses und insbesondere der Aufmerksamkeit gebracht, haben nur allem noch dazu angezogen, auf dem damals erzielten Höchstmaß der Energieausnutzung mit aller Energie fortgeschrittenen Erparnis an Brennstoff, das es heute ein Leistungsmerkmal geworden, das für den Lesenden wie den praktischen Industriellen in gleicher Weise von Bedeutung ist.

heißt: Verschwendungsjuden! Die Dampfmaschine ist eine ungeheure Verschwenderin, und gäbe es einen Menschen, der so unrationell und verschwenderisch wirtschaften würde, wie es die Dampfmaschine tut, so würde man nicht zögern, ihn schleunigt unter Kuratel zu stellen.

Dieses ist das der Fall und worin besteht diese Verschwendungsjuden der Dampfmaschine? Die Antwort lautet: In der Verschwendung, d. h. in der in höchstem Maße unwirtschaftlichen Ausnutzung ihres Brennstoffes! Die Dampfmaschine tut ihre Arbeit nicht umsonst; sie verlangt von vornherein für ihre Leistungen eine entsprechende Gegenleistung, die ihr in dem ihr zugeführten Brennstoff, also den Kohlen, gewährt werden muß. Die Steinkohlen werden in der Maschine, unter dem Dampfessel derselben, verbrannt und die Dampfmaschine setzt die durch Verbrennung der Kohlen erzeugte Wärme auf dem Wege des Dampfes in Nutzarbeit um. Die Dampfmaschine ist also eine Wärmekraftmaschine. Wenn die Dampfmaschine nun sparsam wäre, so würde sie die gesamte Wärmemenge, die sie aus der Verbrennung der teuren Steinkohlen zieht, oder doch wenigstens den größten Teil derselben in Nutzarbeit umsetzen. Das zu tun, fällt ihr aber nicht im entferntesten ein. Im Gegenteil: nur für einen verschwindend geringen Teil der ihr durch die Verbrennung der Kohlen zugeführten Wärme, nur für etwa 10 v. G. derselben, leistet sie uns Arbeit, während sie die übrigen 90 Hundertteile nutzlos verschwendet. Beispielsweise gehen schon durch die Wärmeausstrahlung der Feuerungsrichtung und des Dampfessels, ferner auch durch die Wärme, die in dem nach dem Schornstein ziehenden Rauch noch enthalten ist, sowie durch zahlreiche andere Unvollkommenheiten der Feuerung an 20 v. G. der erzeugten Wärme verloren. Ein noch weit größerer Teil, nämlich volle 70 v. G. der erzeugten Wärme, sind in dem im Zyklus verlassenen Abdruck enthalten und ebenfalls für die Nutzarbeit verloren. So gehen zusammen etwa neun Zehntel der erzeugten Wärme nutzlos verloren und nur der verbleibende bescheidene Rest von einem Zehntel der erzeugten Wärme wird in wirtschaftliche Nutzarbeit umgesetzt.



# WELTSCHAU

## Abrüstung

### Der gewerkschaftliche Dreieck gegen Kriegsgefahr

Die Dankes verstehen. Mit Gebet, Kanonenschüssen und einem elektrischen Stimmenverstärker, der Gardings Vorrede in alle Großstädte Amerikas trug, wurde die Abrüstungskonferenz eröffnet. Also die Macht des Himmels, der Erde und der Luft für den Zweck gespannt oder damit doch wenigstens die Aufmerksamkeit der Welt entfacht. Sie muß natürlich wachgehalten werden. So legte der Außenminister Hughes (sprich Juhs) gleich das Abrüstungsprogramm der amerikanischen Regierung vor. Es sieht eine verhältnismäßige Verminderung der Kriegskosten Japans, Englands und Amerikas vor. Seine Verursacher aus anderen Ländern fanden für den „kühnen, ehrlichen, entfangsreichen, menschlichen Vorschlag“ viele Worte der Bewunderung. Hughes hat mit ebenso schönen Worten zurückgedankt.

Ob die Konferenz in Sachen der Abrüstung etwas zuwege bringt, ist heute genau noch so fraglich, wie an ihrem ersten Tag. Vorderhand sieht man nur, daß vor den Kulissen für die Abrüstungsmühen Volksmassen pazifistisch geredet, hinter den Kulissen für die Abrüstungsmühen Kriegsinstrumenten kriegerisch gestritten wird. Wer getäuscht werden soll oder wird, steht noch dahin. Aber selbst wenn eine Verlesung des Plattenbaues vereinbart, wenn die Zahl der Kriegsschiffe der drei Seemächte um zwanzig, dreißig Hunderteile vermindert werden würde, was um der Steuerzahler willen sehr zu begrüßen wäre, die Kriegsgefahr würde um keinen Cent geringer sein. Der verbleibende Rest der Waffen genügt vollaus für den Völkermord, und was daran fehlen sollte, ließe sich in kurzer Zeit erschaffen.

Verlangsamung oder Beschränkung der Waffenfabrikation ist ziemlich bedeutungslos, solange der Wille zum Krieg vorhanden ist. Daß an dessen Vorhandensein nicht gezweifelt werden kann, bezeugt neben manchem andern die fast anstandslose Bewilligung der stetig gewachsenen Ausgaben für Meer und Flotte. Wollte die Abrüstung zum Kriege ist nach wie vor bei den herrschenden Schichten der kapitalistischen Länder vorhanden und kann die Vereinbarung über Abrüstungsbeschränkung kaum darüber hinwegtauschen. Der Krieg ist also bei allem Abrüstungsbeschlusse noch möglich, gegen seinen Ausbruch, selbst bei wirklicher Abrüstungsbeschränkung, kein Woll gefeilt.

Aufgeschicht dieser Tatsache hat die große Leidtragende des Militarismus und des Völkermordes, die Arbeiterklasse, ihre Vorkehrungen zu treffen. Sie darf nicht vergessen, daß sie kein Gott von der Verantwortung für einen neuen Krieg entbinden kann. Gewiß vermag sie noch nicht, den Regierungen oder deren Daseinsgebern die Neigung zum Kriege auszutreiben, wohl aber kann sie verhindern, daß sich diese Neigung zur Tat verschlimmert. Etwas Leichteres könnte es für sie, wie man vermehren sollte, überhaupt nicht geben. Es bedarf ihrerseits noch nicht einmal einer besonderen Anstrengung, nur eines besonderen Nichtstuns: Sie braucht bloß die Arme zu kreuzen, keine Truppen zu besitzern, keine Munition zu erzeugen — der Krieg ist zu Ende, noch ehe er begonnen.

Mein, daß dieses so furchtbar Einfache seine Schwierigkeit hat, hat der Weltkrieg klärling gezeigt. Da machten die Arbeiter einmal mehr wahnsinnige Anstrengungen, um sich gegenseitig zu erschließen, Städte und Gefilde zu verwüsten und die Quellen ihrer Wohlfahrt zu verschütten, anstatt vernünftig untätig zu bleiben, um sich Leben, Städte, Flüsse und die Quellen der Wohlfahrt zu erhalten. Als hauptsächlich Ursachen dieses Wahnsinns haben das gegenseitige Mißtrauen der Arbeiter und der Mangel an geistiger und technischer Vorkehrung zur Abwehr des Krieges. Die Arbeiterklasse aller Länder ließ sich noch immer von den Identitäten nationalistischer Klattensänger locken, andererseits fehlte ihr Gemeinsamkeit im Handeln gegen die allen gemeinsame Gefahr.

Um diese Mißlichkeiten zu beseitigen, fand am 15. und 16. November in Amsterdam eine Konferenz der Vorstände der Weltgewerkschaften der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter statt, also der Berufe, ohne deren Mitwirken ein Krieg unmöglich ist. Das Ergebnis der Konferenz, woran sechzehn Vertreter teilnahmen, waren drei Entschlüsse, wovon sich die mit der Aufforderung an die Frauen und Mütter wendeten, sich zu organisieren und Schulter an Schulter mit den im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern den Militarismus zu bekämpfen und einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Eine andere, wohl die wichtigste Entschlußfassung, erinnert an die von den internationalen Kongressen der drei Berufe gegen Krieg und Militarismus gefassten Beschlüsse und lautet dann fort:

Die Konferenz erwartet von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen, daß sie härter und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die allgemeine Abrüstung führen werden.

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer klaren, zusammenfassenden, die Umstände ist, im Falle drohender Kriegsgefahr unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch sofortige Proklamation des Internationalen Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Zu Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Gruppen ist, die Propaganda gegen Militarismus und Militarismus unter dem ganzen Angebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzuwenden, um eine Wiederholung der Menschenschlächterei in der Welt zu verhindern.

Die Konferenz hat es bei dem Mahnruf an die Arbeiter nicht zweifeln lassen. Sie hat einen Aktionsausschuß, von je einem Vertreter der drei Berufe gebildet, eingesetzt, der bis zum nächsten internationalen Gewerkschaftskongress (April 1922 in Rom) alle die die Beschränkung der drohenden Kriegsgefahr notwendigen Maßnahmen treffen soll.

Weit wichtiger als der Mahnruf an Arbeiter und Frauen ist die Einsetzung des Aktionsausschusses, eines Generalstabes gegen den Krieg. Nicht, daß wir keine Wirkungsmöglichkeit besitzern; daran hindert uns die Kenntnis der Größe der Schwierigkeiten. Aber er stellt den ersten Versuch dar, Abwehrmittel herauszufinden und schließlich praktisch zu erproben, kurz vom Wort zur Tat überzugehen. Dabei würde an Entschlüssen und Beschlüssen gewiß nicht fehlen, aber auch nicht an nützlichen Lehren.

Die alte Internationale ist an Wortüberfluß und Latenzmangel zugrunde gegangen. Die zwei Duzend Parteiveteranen, die regelmäßig im Volkshaus zu Brüssel zusammentrafen, um theoretische Mühen zu feigen und lange Resolutionen zu schmieden, haben nie gewagt, eine Tat zu vollbringen oder dazu aufzufordern. Die Verwirklichung ihrer Resolutionen hielten sie offenbar für jedermanns, also für niemandens Sache. Hätten sie jemals sagen wir bei den Balkanwirren, die praktische Erprobung ihrer antimilitaristischen Verkündigungen versucht, sie hätten ihr blaues Wunder erlebt. Da sie den praktischen Versuch nicht machten, machten sie auch keine Lehren, blieb die angenehme, aber gefährliche Duselei von der Macht und der Einmütigkeit des internationalen Proletariats im Kriegsfall erhalten und keine praktische Vorkehrung für den Ernstfall getroffen.

Jede Entschlossenheit gegen Militarismus und Krieg ist keinen Pfifferling wert, wenn nicht der durch Tat zu bezeugende Wille für die Durchführung dahintersteht. Diese Binsenwahrheit scheint nun der Internationale Gewerkschaftsbund zu beherzigen. Wir freuen uns dessen, nicht weil wir davon gleich viele Erfolge erwarteten, sondern weil man dadurch sozusagen zwangsläufig zu sehr notwendigen propagandistischen und organisatorischen Maßnahmen auf internationalem Felde kommt, Maßnahmen, die bislang wenig bringlich oder gar ganz überflüssig gehalten wurden.

Wie männiglich bekannt, sind die Völker noch keineswegs aus der Gefahrenzone heraus, sondern tiefer denn je darin. Bei der Arbeiterklasse insonderheit hat die große Weltkur noch lange nicht so heilsam genug gewirkt, daß sie einen opferreichen Kampf gegen den schlimmsten aller Würgengel zu führen bereit wäre. Die Arbeiter wollen, allgemein gesprochen, freilich den Frieden, aber nicht mit der Entschlossenheit, die Opfer zu bringen bereit ist. Ihre Feindschaft gegen die uniformierte Bestie ist mehr gefühlsmäßig als tatkräftig. Das gilt für die Masse der Arbeiter fast aller Länder.

Wer daran zweifelt, mag sich fragen: Wenn heute die Adorantenrepublik gegen Deutschland mobilisierte, würden dann die Metallarbeiter in Oresut die Arme kreuzen? Wenn Frankreich heute seinen östlichen Feind — Polen — beorderte, in Schlessien oder Puschland polnische Ordnung zu machen, würden da die polnischen Eisenbahner die Hände stilllegen? Wenn heute zwischen Amerika und England ein Krieg ausbräche, würden dann hibien und drüben die Seeleute, die rasserverwandten, die Kriegsschiffe am Auslaufen hindern? Hat man schon gehört, daß sich seit 1919 die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterparteien in England, Frankreich, Belgien, Polen, Amerika mit all ihrer Kraft gegen die (maßlos gestiegenen) Kriegsausgaben gewendet haben? Diese Fragen stellen, heißt sie verneinen. Womit nicht gesagt sein soll, daß die Arbeiter den Krieg wollen, wohl aber, daß es ihnen an der festen Entschlossenheit gebricht, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen.

In den Seelen der arbeitenden Völker liegt noch hoch aufgespeichert die nationalistische Schlagwortweisheit; der Arbeiter vernimmt noch ungenügend die entsetzliche Anlage, die Soldatengräber, Kriegskrüppel und Tapferkeitsmedaillen gegen seine Gleichgültigkeit darstellen; der Proletarier ist sich noch viel zu wenig bewußt, daß jeder Krieg, auch der glücklichste, für ihn ein Unglück ist. Diese vielgestaltige Mißlichkeit zu beseitigen, das heißt eine weltweite pazifistische Propaganda zu entfalten, wird sich für den Aktionsausschuß der Internationale als erste Notwendigkeit herausstellen.

Nicht weniger wichtig in der Verhütung des Krieges ist gegenseitiges Vertrauen der Arbeiter in ihre internationale Treue. Solange die Arbeiterklasse eines Landes nicht vollständig sicher ist, daß die Klassenoffenheit jenseits der Grenze sich ebenso ehrlich und tatkräftig gegen die uniformierte Bestie erhebt und solange gar erhebliche nationale Teile des Proletariats außerhalb der antimilitaristischen Bewegung stehen, wird umsonst auf einen Erfolg gehofft werden. Dies ist leider heute noch der Fall. Der Gewerkschaftsbund Amerikas steht der Amsterdamer Internationale organisatorisch noch fern. Deren Mahnruf findet bei ihm verzweifelt schwachen Widerhall.

Die Ursachen dieser Nichtvereinigung oder Entzweiung zu schildern, ist hier nicht der Ort. Ein unigeres Verhältnis zu schaffen, wird sich für den Aktionsausschuß gleichfalls als notwendig ergeben. Erst wenn auch der organisatorische Mangel behoben ist, wird mit Erfolg Aussicht an die geistige Abrüstung, das heißt an die Befreiung der Volksmasse vom nationalistischen Wahne, von dem Abglauben an die Nützlichkeit der Gewalt gegangen und schließlich die tatbereite Entschlossenheit gegen den Krieg gewendet und verallgemeinert werden können.

## Reaktion in Amerika

Schon aus Mitteilungen des englischen Gewerkschaftsführers Walker, der im letzten Sommer die Arbeitsverhältnisse in der Stahlindustrie der Vereinigten Staaten untersucht hat (siehe W.-Z. Nr. 44), war bekannt geworden, daß die Koalitionsfreiheit für Arbeiter im Bereiche des Stahlstrahls so gut wie aufgehoben ist. Jeder Arbeiter, erklärte er in einem Pressegespräch, wird unmittelbar entlassen, von dem bekannt ist, daß er einer Gewerkschaft angehört. Diese Mitteilungen werden durch einen Artikel des amerikanischen Professors John A. Ryan in „The American Labor Legislation Review“ bestätigt. Die verschiedenen Stahlkongerene, sagt er an einer Stelle, erheben für sich selbst Koalitionsfreiheit — sie wollen sich vereinigen, um die Löhne festzusetzen und eine festgesetzte Front gegen die Gewerkschaften zu bilden. Sie verneinen das Recht des Arbeiter, sich zu vereinigen, um Löhne festzusetzen oder eine gemeinsame Politik gegenüber nicht gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeitern zu führen.“ Als einer der Stahlgewaltigen gestraft wurde: „Also Sie nehmen für Ihren Unternehmervorstand ein Recht in Anspruch, das Sie den Arbeitern absperechen?“, erwiderte er: „Ja, darauf läuft es hinaus.“

Bestimmlich äußert sich der Gegenstand der amerikanischen Arbeiter zu den Unternehmern insbesondere in dem Kampf um die offene Werkstatt. Es ist eine alte Forderung der amerikanischen Gewerkschaften, daß nur organisierte Arbeiter in einer Fabrik beschäftigt werden dürfen. Im Namen der „freien“ Arbeit widerlegen sich die Unternehmern. Ryan sagt mit knappen Worten, weswegen sie tatkräftig Widerstand leisten: „Diese industriellen Autokraten bekennen, daß sie für die offene Werkstatt eintreten, um jedem, der nicht einer Gewerkschaft angehört, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, wann und wo es ihm gefällt. Sie lehnen es ab, überhaupt mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Ja mehr als das: Es gibt in der Stahlindustrie eine Vereinigung, deren Aufgabe ist, darauf zu achten, daß nur nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angestellt werden, und daß diese wiederum, soweit es möglich ist, keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einstellen. Mit andern Worten: Die offene Werkstatt der Unternehmern bedeutet eine geschlossene Werkstatt für die Gewerkschaften.“

Die Selbstherrlichkeit der Unternehmern tritt aber am schroffsten auf gegenüber den ungelerneten Arbeitern. Ihnen gegenüber gilt noch,

„die alte Theorie, daß Löhne ungefähr dem bloßen Existenzminimum entsprechen sollten.“ Ryan zitiert aus einem Artikel des „Wall Street Journal“ ein paar Sätze, die die zynische Brutalität der Unternehmer scharf beleuchten: „Wenn die Verhältnisse wirklich wieder normal werden, endet der ungelernete Arbeiter da, wo er hingehört — auf der untersten Stufe. Er wird tatsächlich von zwei Dollar täglich leben können, wenn es ihm glückt, diesen Betrag regelmäßig zu bekommen. Die Kosten des Lebensunterhalts werden sich von selbst regeln. Das Arbeitsbüro wird es aufgeben, Unfinn über ein jährliches Existenzminimum von 2600 Dollar zu publizieren für eine eingebilmete Familie von 5 Köpfen.“ Der ungelernete Arbeiter wird dem Himmel danken, daß er keine Familie von 5 Köpfen hat, noch überhaupt jemand, für den er sorgen muß; noch wird irgend ein Unternehmern derartige Familienverhältnisse zur Grundblase seines Lohnsatzes machen, wie es die bankrotte und blutdürstige „interkonfessionelle Weltbewegung“ närrischerweise in ihrer oberflächlichen Unterführung zum Stahlstrahl vorgeschlagen hat.“

Diese Maßnahmen und Auserungen zeigen, wie eingewurzelt reaktionäre Gefinnung im Mutterlande bürgerlicher Freiheit ist. Glücklicherweise regt sich in der amerikanischen Arbeiterbewegung die Einsicht, daß die bürgerliche rein politische Demokratie in keiner Weise die wirtschaftliche Autokratie des Kapitalis beseitigt. So wird der Kampf für die Verwirklichung der wahren amerikanischen Demokratie, die auch im Wirtschaftsleben sich durchsetzen muß, von selbst zum Kampf gegen das kapitalistische System werden. So beschließen die Ausgangspunkte sein mögen: in allen Ländern finden sich die Arbeiter schließlich in der gleichen Front gegenüber demselben Feinde.

### Der Schwedische Metallindustrie-Arbeiter-Verband im Jahre 1920.

Nach dem Bericht des Vorstandes unseres Schwedischen Bruderverbandes war im Jahre 1920 die Geschäftslage während der ersten drei Vierteljahre noch sehr gut, im letzten Vierteljahr setzte jedoch schon die Krise ein. Im Januar hatte der Verband 3,30 v. H. arbeitslose Mitglieder, im Dezember 12,97 v. H. Eine Verringerung der Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt konnte der Verband im Laufe des Jahres nicht feststellen. Auch in Schweden hatten die Gewerkschaften nach Beendigung des Krieges stark an Mitgliedern zugenommen, nicht zum minderen der Metallindustrie-Arbeiterverband. Im vorigen Jahre war die Steigerung der Mitgliederzahl jedoch nur noch unbedeutend; am Anfang des Jahres waren 69 786 Mitglieder vorhanden und am Ende 69 005. Der Bericht führt dies auf Betriebsbeschränkungen zurück und ferner darauf, daß ein Teil der Betriebe, die während des Krieges aus dem Boden geklopft worden waren, im Laufe des Jahres geschlossen wurden. Der Verband hatte zu Beginn des Jahres 248 Verwaltungstellen. Die größten befinden sich in Stockholm, Göteborg, Eskilstuna, Västerås und Kalmar.

Die Einnahmen betragen im ganzen 6 032 000 Kronen, davon 4 853 000 an Beiträgen. Von den übrigen Einnahmeposten sind zu nennen 498 000 Kr. Streikunterstützung vom Schwedischen Gewerkschaftsbund und 474 000 Kr. von den anderen skandinavischen Bruderverbindungen zu demselben Zweck. Die Gesamtausgaben betragen 5 731 000 Kr., davon für Streiks 4 641 000 Kr., an dem Schwedischen Gewerkschaftsbund 121 000 Kr. und für Arbeitslosenunterstützung 357 000 Kr.

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen im vorigen Jahre betrug 506. Von den Angriffsbewegungen wurden 330 in 45 Betrieben mit 35 229 Beteiligten, davon 27 333 Verbandsmittelglieder, ohne Streik erledigt. Bei 58 handelte es sich um Vertragsangelegenheiten, bei 154 um Lohnforderungen, bei 99 um Arbeitszeit und Urlaub, bei 16 nur um Urlaub und bei 3 um sonstige Forderungen. Die Zahl der Angriffstreiks betrug 53 in 126 Betrieben mit 3348 Beteiligten (3019). Dabei gingen 146 630 Arbeitstage verloren. In 12 Fällen handelte es sich um Vertragsstreiks, in 7 um den Arbeitslohn, in 9 um Arbeitszeit und Urlaub und in 5 um sonstige Forderungen. Die größte Lohnforderung, die herausgeholt wurde, betrug für die beteiligten Kollegen je 20,16 Kr. wöchentlich. Im großen und ganzen kann man sagen, daß sämtliche Angriffstreiks Erfolg hatten. Von den Abwehrbewegungen wurden ohne Arbeitskündigung durchgeführt 74 in 178 Betrieben mit 3484 Beteiligten (2879). In 176 Betrieben wurde die Bewegung unternommen, um eine Entschädigung für die durch Befehl herbeigeführte Arbeitszeitverkürzung zu erlangen.

Was die durchschnittliche Dauer der Arbeitseinstellungen betrifft, so stehen die durch Angriffstreiks verursachten Ausperrungen obenan. Auf jeden Beteiligten kamen 48,9 verlorene Arbeitstage. Dann kamen die übrigen Angriffstreiks mit 43,8, die Abwehrstreiks mit 36,7 und die durch Abwehrstreiks veranlaßten Ausperrungen mit 22,9. Hinzuzurechnen sind noch 28 Lohnbewegungen in 28 Betrieben mit 2830 Beteiligten (1998), die aus verschiedenen Ursachen abgebrochen wurden. Die Gesamtzahl der vom Verbands geführten eigenen Bewegungen betrug also 485 in 1179 Betrieben mit 106 547 Beteiligten (80 060), 1 860 841 verlorenen Arbeitstagen und 4 579 758,99 Kronen Unterstüttung. Auch in 4 Ausperrungen mit 30 Betrieben, die sich gegen andere Organisationen richteten, wurden 127 Kollegen gezogen. Sie verloren 6213 Arbeitstage (der einzelne 48,9) und erhielten 22 153,83 Kr. Unterstüttung. Ferner wurden noch 274,78 Kr. für Streiks vom Jahre 1919 gezahlt.

Aus dem Vorstandsbericht ist noch hervorzuheben, daß der Verbandsvorsitzende R. B. Sölmström im Laufe des vorigen Jahres von seinem Amte zurücktrat. Der Berichterstatter widmet ihm warme Dankesworte für seine eifrige Tätigkeit.

### Ausperrung in Westpolen.

Der Allgemeine Arbeitgeberbund für Pommerellen sowie Stadt- und Landkreis Bromberg ist jetzt dabei, 25 000 Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Am 11. November hatte der Schlichtungsausschuß für Bromberg, Graudenz und Thorn einen Schiedspruch gefällt, der für die Arbeiter eine geringe Lohnhöhung vorsieht. Die Unternehmern beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen, und wollen jetzt die Arbeiter durch die Ausperrung ihren Wünschen gefügig machen. Es kommt ihnen dabei nicht darauf an, ob es Deutsche oder Polen sind, die aufs Pflaster liegen. Einstweilen sollen sie 25 000 Arbeitern die Kündigung au. Der Bund der freien Gewerkschaften Westpolens fordert die Gehindigten zu festem Zusammenhalten auf.

### Der Schweizer Metall- und Uhrmacher-Verband

beruft für den 15. bis 17. Dezember 1921 einen außerordentlichen Verbandstag nach dem Volkshaus in Bern. Der Verbandstag bezweckt eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation. Die Wirtschaftslage der Schweiz ist eine äußerst verzweifelte, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit katastrophal. Zudem ist die Einheit der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung durch kommunistische Treibereien bedroht. Der Verbandstag soll Klarheit schaffen. Einer dringenden Regelung bedarf auch die Arbeitslosenunterstützungs- und Beitragsfrage. Die vorgesehene Tagesordnung für den Verbandstag ist sehr umfangreich, ihre Erledigung in den vorgesehenen drei Tagen kaum zu erwarten.

### Die skandinavischen Elektrikerverbände

hielten um die Mitte des November in Stockholm eine Konferenz ab, an der Verbandsvertreter aus allen drei Ländern teilnahmen. Zweck der Konferenz war Stellungnahme zu den von den Unternehmern ausgehenden Vertragskündigungen. Man befristete bei dieser Gelegenheit den schon früher abgeschlossenen Vertrag zu gegenseitiger Unterstüttung bei Arbeitskämpfen und beschloß, daß die Verbände einander soweit wie irgend möglich unterstützen sollen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückweisen zu können.



Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 4. Dezbr. ist der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Dezember 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden...

Von der 45. Beitragswochse ab müssen die vom Jenaer Verbandstag festgesetzten Beiträge verwendet werden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragswochse, Beginn der Beitragserhebung. Lists various administrative bodies and their contribution start dates.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung parlamentarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Bezirksleitung Köln: Der Waldmeister Bernh. Schröder, geb. am 11. Januar 1879 zu Montjoie, Mitgliedsbuch Nr. 2.880.906, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Der Hüttenarbeiter Johann Massonet, geb. am 1. Dez. 1895 zu Cuxen, Mitgliedsbuch Nr. 2.880.906, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.: Der Magasinverwalter Rich. Böhm, geb. am 28. Febr. 1879 zu Weiskopf, Mitgliedsbuch Nr. 2.880.906, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bochum: Der Schmied Artur Förster, geb. am 24. November 1892 zu Kottbus, Mitgliedsbuch Nr. 3.874.939, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Schwerin: Der Elektromonteur Heinrich Ahrens, geb. am 9. Jan. 1900 zu Neuhof i. M., Mitgliedsbuch Nr. 4.423.621, wegen Streifbruch.

Der Maschinist Gerhard Riecke, geb. am 7. September 1897 zu Stargard, Mitgliedsbuch Nr. 4.423.622, wegen Streifbruch. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzubalten:

- von Heilenerbeitern nach Remscheid (Gehr. Bellerhaus) D.; von Feilblechwalzern nach Dillingen a. Saar (Dillinger Hütte) Str.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Barth a. d. Offee (Pommersche Eisengießerei) Mi.; nach Stargard i. Pommern (Gehr. Glöner) St.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; von Heizungsmonteamen nach Lützenfeld; von Metallarbeitern aller Branchen nach Arnstadt i. Th. (Rud. Ley) W.; nach Bremen; nach Eberswalde (Arbeits-Werke) W.; nach Jena; nach Regensburg; nach Oldenburg i. O. (Wagenbauanstalt A. G.) A.; nach Passau (Fa. Behren und Albershütte) D.; nach Saarbrücken; nach Schweinfurt (Fa. Wagner & Söhne in Hofheim) D.; nach Stargard i. Pomm. St.

Unsere Arbeitslage

In der Berichterstattung über die Arbeitslage in der Woche vom 6. bis 11. November beteiligten sich 726 Verwaltungen mit 27.662 Betrieben und 2.052.883 Arbeitern. Vollbeschäftigt waren 27.336 Betriebe mit 2.032.319 Arbeitern, vermisst arbeiten 206 Betriebe mit 15.602 Arbeitern, 156 Betriebe mit 4962 Arbeitern waren stillgelegt.

Table with 4 columns: Berichtswochse, Vertriebe, Arbeiter, %; Vergleichswochse, Vertriebe, Arbeiter, %. Shows employment statistics for the current and previous reporting periods.

Die vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter vernehmen sich weiterhin erheblich, die Kurzarbeiter verminderten sich um annähernd 10.000, wie folgende Aufstellung erkennen läßt:

Table with 2 columns: Woche vom 16. bis 22. Oktober, 23. 24., 30. Oktober bis 6. November, 6. November - 13. Shows changes in the number of unemployed workers.

Eine besondere Veränderung der langjährigsten Betriebe und Arbeiter haben diese Woche die Bezirke Dresden, Brandenburg, Danzig, Chemnitz, Hannover, Halle, Hamburg, Jena, Jüterbog, Stuttgart und Würzburg erfahren.

Der Bezirk Bielefeld hat alle Betriebe vollbeschäftigt, in dem Bezirk Elberfeld 3 Betriebe mit 855 Arbeitern vermisst, in dem Bezirk Köln sind 3 Betriebe mit 157 Arbeitern stillgelegt.

Die Dauer der Langzeitlosigkeit wird durch folgende Zahlen dargestellt:

Table with 4 columns: Zeitraum, Betriebe, Arbeiter, %; shows the duration of unemployment for different groups of workers.

Aber Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Besondere sind 3213 Betriebe mit 251.776 Arbeitern. Nach Meldungen der betriebl. Betriebsräte über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Vollbeschäftigt sind . . . 668 Betriebe mit 189.978 Arbeitern. Vermisst arbeiten . . . 61 . . . 20.898 In der Vormoche . . . 61 . . . 20.606

Von 1.544.580 Mitgliedern waren 12.253 arbeitslos, 11.589 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 3278. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der Woche vom 16. bis 22. Oktober: 1,12% arbeitslos, 8,27% Kurzarbeiter.

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 102.337 M. ausbezahlt. NB. In Nr. 47 der M.-Z. muß es unter Berlin anstatt 3213 Betriebe mit 135.294 Arbeitern heißen: 3213 Betriebe mit 250.796 Arbeitern.

Rundschau

Schlimme Zustände auf dem Bremer Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren haben sich in Bremen eine Anzahl Lohnkämpfe abgespielt. Die Arbeitgeber versuchen dafür an der Arbeiterschaft Rache zu nehmen. Das System der schwarzen Listen, wie es vor dem Kriege gang und gäbe war, ist hier wieder eingeführt worden.

Warnung vor Arbeitsannahme in der Tschecho-Slowakei

Aus Mährisch-Schlesien schreibt uns ein Kollege: Die Firma Fr. Wibus & Sohn, Gold- und Elektroplatt-Warenfabrik, sucht in Deutschland Arbeiter. Der Chef des Hauses ist eigens zu diesem Zweck nach Deutschland gefahren.

Eingegangene Schriften

Für die Opfer der Oppauer Katastrophe sind von unserer Verwaltungsstelle in Jüdisch an das Ludwigshafener Gewerkschaftsamt gesandt worden: Maschinenfabrik Paul Reil, Jüdisch, 162 M. Angel-fabrik Behauer & Müller, Jüdisch, 723 M. Maschinenfabrik Klein & Stiefel, Jüdisch, 2435 M. Stang- und Emailwerke F. J. Veltinger, Jüdisch, 1184.50 M. Rheinische Elektr. Anst.-Ges., Duisburg-Lauterbach, 1640 M. Rheinische Elektr. Anst.-Ges., Duisburg-Alfeld, 1320 M.

Der Sozialistische Almanach 1922

Der Sozialistische Almanach 1922 ist soeben erschienen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 4 M. Der handliche ansprechende Kalender, der sich im Vorjahre bei seinem ersten Erscheinen so rasch die Sympathien aller Parteifreunde erworben hat, wird auch diesmal wieder einen vollen Erfolg verzeichnen können.

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk)

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk) Konstruktion und Beschreibung deselben von C. Reichardt, Ingenieur. Mit 75 Abbildungen und 7 Tafeln. 2. Auflage. Preis brosch. 18 M., geb. 23 M. - Der Verleger: L. Bielefeld, enthält sehr brauchbare Heftchen zur Aufklärung einwandfreier Arbeitsbedingungen für die mechanische Bearbeitung auf Werkzeugmaschinen in Maschinenfabriken.

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk)

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk) Konstruktion und Beschreibung deselben von C. Reichardt, Ingenieur. Mit 75 Abbildungen und 7 Tafeln. 2. Auflage. Preis brosch. 18 M., geb. 23 M. - Der Verleger: L. Bielefeld, enthält sehr brauchbare Heftchen zur Aufklärung einwandfreier Arbeitsbedingungen für die mechanische Bearbeitung auf Werkzeugmaschinen in Maschinenfabriken.

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk)

Der Eisenwaren-Spektakel (Schiffshebewerk) Konstruktion und Beschreibung deselben von C. Reichardt, Ingenieur. Mit 75 Abbildungen und 7 Tafeln. 2. Auflage. Preis brosch. 18 M., geb. 23 M. - Der Verleger: L. Bielefeld, enthält sehr brauchbare Heftchen zur Aufklärung einwandfreier Arbeitsbedingungen für die mechanische Bearbeitung auf Werkzeugmaschinen in Maschinenfabriken.

Allgem. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (V. a. G., Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa im Monat Oktober 1921

Einnahmen: Von den Filialen eingekandt 874.192,64 M. Beiträge von Einzelmitgliedern 2840,90. Sterbegeld an Einzelmitglieder 150,-. Verwaltungskosten 52817,08. Sonstiges 572,-. Zusammen 886.883,24 M.

Ausgaben: An die Filialen gesandt 81.252,09 M. Krankengeld an Einzelmitglieder 2094,05. Sterbegeld an Einzelmitglieder 150,-. Verwaltungskosten 52817,08. Sonstiges 572,-. Zusammen 86.883,12 M.

Table with 2 columns: Einnahmen, Ausgaben. Shows financial summary for October 1921.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbefasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Büro der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, Wesenbinderhof 70, zu richten.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung: Nachleben d. Western (Weg. Halle). Um Mitteilung des Aufenthalts des Mechanikers Gustav Uhlend, geboren zu Kleinortsch, ersucht die Ortsverwaltung Nachleben, Besondere Vollmacht Herr. Langert, Former, Biegetofenstraße 1.

Sonstige Anzeigen

Motogenschweißer, tüchtigen, gelehrter Schlosser, Kellner, sofort ein. H. Reich, G. m. b. H., Bredenwerda (Prov. Sa.).

Dreher, mehrere tüchtige, gelehrte, für unsere Abteilung Dampfmaschinenbau, nicht unter 25 Jahren, sofort gesucht. Wagon- und Maschinenbau-Abt.-Oef. Ostlich, Abteilung: Maschinenbau Rottbus in Rottbus, A. G.

Mehrere Eisendreher zum sofortigen oder späteren Eintritt gesucht. Maschinenfabrik u. Eisengießerei Saaler, Aktiengesellschaft Teningen in Baden.

Fabrikant, mehrere tüchtige, für dauernde Arbeit, Richard Kutschardt, Fabrik landw. Maschinen, Wuppertal.

Kellner Former für dauernde Beschäftigung gesucht. Rheoer Eisenwerk, Rheoer (Halle).

Former für Metall- und Metallbrücker werden zum sofortigen und dauernder Beschäftigung gesucht. bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung. Eckschiff-Broncewarenfabrik A. G. - Oef. Wuppertal.

Tüchtige Graveure u. Ziselreue, Zinngräber, Bleigießer, Bläuer, Schleifer u. Besch. Zinddreher finden dauernde Beschäftigung bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung. Eintritt Bedingung. Georg Gahl, Metallwarenfabrik, Jüterbog i. Bld.

Gravurformner, tüchtige, für dauernde Arbeit bei hohen Löhnen, guten Arbeitsbedingungen sofort gesucht. Eisenwerk Marz, Franz-Sieg bei Köln a. Rh.

Mehrere Handhauer tüchtig, für dauernde Beschäftigung gesucht. H. Reich, G. m. b. H., Bredenwerda (Prov. Sa.).

Kesselschmiede, 3 tüchtige, finden bei hohem Verdienste sofort dauernde Beschäftigung. Deutsche Werke Aktiengesellschaft, Berl. Rastow.

Maschinenbauer, 1 tüchtiger, für Flacon- oder Formbau, Maschinenbau, sofort gesucht. Julius Buchholz Edhne, Jüterbog i. Bld.

Für den Ausbau unserer Betriebe und laufende Ausbesserungsarbeiten suchen wir noch eine Anzahl tüchtiger Maschinen- und Werkzeugmacher, Dreher und Fräher. Lohnzahlung erfolgt nach Tarif. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind zu richten an Hoff & Comp., Waldrode, Direction.

Metallbrücker für feinere Messingarbeiten in dauernde Stellung gesucht. G. Daber, Regensburg.

Metallbrücker, tüchtiger, unverheirateter, auf Aluminium eingearbeitet, bei hohem Verdienste sofort gesucht. Marbacher & Klümann, Metallwarenfabrik, Rastow a. Rh.

Mehrere Metallbrücker, die möglichst schon auf Aluminium eingearbeitet haben, sind bei hohen Verdiensten sofort ein Schleifener Metallwarenfabrik Marz Ostmann, Schiettau i. Erzgeb.

Tüchtige Mundschleifer, ältere Dreher, Werkzeugdreher, Werkzeugfräher und Werkzeugschleifer stellen sofort ein. Eckschiff-Broncewarenfabrik, Waldrode i. Sa.

Mehrere tüchtige Lehm- und Sandformner tüchtig, Breuerwerk, Ostlich a. Rh.

1 Schnitt- und Werkzeugmacher oder tüchtiger Mechaniker zum sofortigen Eintritt bei guter Bezahlung gesucht. Metallwerk G. m. b. H. - Oef. in Eingen a. Sa.

Tüchtige Schreiner, Wagner, Kassenmacher u. Helfer auf Motorwagen-Aufbauten eingearbeitet, sofort gesucht. Adam Opel, Motorenfabrik, Rastow i. Bld.

Schweißer, tüchtige, für autogene und elektrische Schweißarbeiten gesucht. Gausreuther & Comp., G. m. b. H., Rastow (Halle).

Werkzeugschleifer, tüchtiger, im Fein- und Feinmechanikbau selbstständig arbeitend, sofort gesucht. Bialler & Süssner, Maschinenfabrik, Rastow a. Rh.

Der Mann mit die Adresse des Mechanikers Heinrich Wente, geb. 22. 5. 1886 in Eingen, angeblich Gaus Schleifmeister, Beschäftigter Kaiser Wilhelmstr. 48.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdrucker und Verleger, Stuttgart, Rüststraße 16 B.